
Primat der Ökonomie vs. funktionale Differenzierung: Die Debatte über die Form der modernen Gesellschaft

2

In aktuellen Zeitdiagnosen findet sich häufig die These einer „Ökonomisierung“ der Gesellschaft. Jede Entscheidung, die in der Gesellschaft getroffen wird, wird als eine letztlich ökonomische präsentiert. Die Wahl eines Studienfaches, eines Jobs, der Fahrspur auf der Autobahn oder eines Sexualpartners stellt sich als eine nutzenorientierte Entscheidung von Individuen dar. Aus den Wirtschaftswissenschaften kommend, gibt es die Tendenz, das „ökonomische Kalkül“ bei jeder Entscheidung als letztlich rational zu präsentieren.

Neoliberale Ansätze gehen davon aus, dass Gesellschaften zu einem höchstmöglichen Wohlstandszuwachs für alle kommen, wenn man in allen Bereichen ökonomische Kriterien walten lässt und das sich über Preise selbst regulierende Spiel der Marktkräfte nicht durch politische Interventionen verzerrt. Dieser Ansatz, der auf frühe Überlegungen des Ökonomen Léon Walras zurückgeht, proklamiert, dass Arbeits-, Finanz-, Produkt-, aber auch Freundschafts- und Heiratsmärkte sich in einem stabilen Gleichgewicht halten können, wenn man der unsichtbaren Hand des Marktes nur freien Lauf lässt (vgl. z. B. Friedman 1999, S. 414).

Die Kritiker des Neoliberalismus spiegeln in letzter Konsequenz nur diese Auffassung. Sie beklagen, dass der Planet zu einem Spielfeld ausschließlich einer Triebkraft wird: der des Profits. Die „neurotische Gewinnsucht“, die „Verlockung des Profits“ bringe „das gesamte Territorium unter ihre Herrschaft“ (vgl. Forrester 2001, S. 7 und S. 26). Kritisiert wird die Entwicklung hin zu einer „McKinsey-Gesellschaft“, in der wie bei der weltweit tätigen Unternehmensberatungsgesellschaft die „Diktatur der Effizienz“ herrsche. Dies führe zu einer „totalen Ökonomisierung der Gesellschaft“, in deren Folge alle Teilbereiche durch die Logik der Wirtschaft erfasst würden (vgl. Kurbjuweit 2003, S. 11).

Bei aller politischen Unvereinbarkeit dieser Positionen legen beide es nahe, die Gesellschaft über die Wirtschaft zu bestimmen. Die Gesellschaft erscheint als „Arbeitsgesellschaft“, „Industriegesellschaft“, „postindustrielle Gesellschaft“,

„Dienstleistungsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Marktgesellschaft“, „Klassengesellschaft“ oder „kapitalistische Gesellschaft“.

In der Soziologie steht Karl Marx wie kein anderer Theoretiker für eine Bestimmung der Gesellschaft über die ökonomischen Verhältnisse. Auch wenn früher bereits Politökonomen wie David Ricardo oder Adam Smith Gesellschaften über ihre ökonomische Funktionsweise zu bestimmen suchten, so war es doch Marx, der im 19. Jahrhundert als Erster eine systematische Gesellschaftsanalyse auf der Grundlage einer Bestimmung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse vornahm.

2.1 Der Marx'sche Grundgedanke: Von der kapitalistischen Wirtschaft zur kapitalistischen Gesellschaft

Auffällige Neuentwicklungen reizen dazu, die gesamte Gesellschaft in Bezug auf diese Neuerungen zu beschreiben. In dem Moment, indem sich die Sphäre der Arbeit aufgrund der Triebkräfte der Kapitalverwertung und der technisch-organisatorischen Entwicklung als eigenständiger Bereich ausdifferenzieren lässt und die Arbeitsteilung zum zentralen Prinzip einer industriellen Fertigung wird, liegt es nahe, die Gesellschaft als eine „Arbeitsgesellschaft“ oder „Industriegesellschaft“ zu beschreiben. Wenn nicht mehr das in großen Industriebetrieben gebundene Kapital, sondern Wissen als der zentrale Hebel für gesellschaftliche Wertsteigerung angesehen wird, liegt es nahe, die „Wissensgesellschaft“ auszurufen. Wenn die durch Gentechnologie oder Atomtechnik produzierten Risiken weltweit die Menschen in Atem halten, dann lassen sich diese Entwicklungen mit dem Begriff der „Risikogesellschaft“ fassen.

Die Stärke dieser Zeitdiagnosen liegt darin, dass sie durch das Postulat einer gesamtgesellschaftlichen Beschreibung des Übergangsphänomens das Neue in der Gesellschaft genau in den Blick bekommen. Das Risiko besteht jedoch darin, dass alle Dimensionen der Gesellschaft auf dieses Übergangsphänomen bezogen werden und es so zu einer Übergeneralisierung von Entwicklungstrends kommt (vgl. dazu Savage 2009). Rückblickend können die Überlegungen von Karl Marx genau in Bezug auf dieses Spannungsfeld betrachtet werden: Sie entstanden zu einer Zeit des Übergangs von durch Landwirtschaft geprägter ständischer Gesellschaft zur Industriegesellschaft. Man kann Marx jetzt entweder als einen Zeitdiagnostiker betrachten, der ein Übergangsphänomen der modernen Gesellschaft, nämlich die Ausdifferenzierung der kapitalistischen Wirtschaft, zu einer übergreifenden

Gesellschaftstheorie ausgebaut hat, oder man kann die Beständigkeit seiner ökonomischen Analysen jenseits von vergänglichen und begrenzten Zeitdiagnosen hervorheben. In der soziologischen Forschung tendierte man lange Zeit zu Letzterem (vgl. Bischoff et al. 2002, S. 7ff.).

Die Logik der Wirtschaft: Vom Gebrauchswert zum Tauschwert der Ware

Karl Marx geht in seiner Bestimmung des Kapitalismus von einer Analyse der Ware aus. Waren sind nützlich, weil sie der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen. Sie haben, so Marx, einen „Gebrauchswert“. Dem bereits von Adam Smith in die politische Ökonomie eingeführten Steinzeitmenschen nützt ein Bärenfell, weil er sich damit vor der bitteren Kälte der Eiszeit schützen kann. Der Raubritter des Mittelalters profitiert von einem Pferd, weil es ihm ermöglicht, sich schneller von einem Ort zum anderen zu bewegen. Für den Broker hat das Waldbeeren-Sorbet einen Gebrauchswert, weil es seinen Hunger reduziert und seinen Gaumen kitzelt. Einem Gebrauchswert rechnen wir also etwas zu, das wir als nötig, nützlich oder angenehm empfinden (vgl. Marx 1959a, S. 67ff.).

Da die Ware eines anderen oftmals interessanter ist als die Ware, die man selbst besitzt, setzen Tauschprozesse ein. Man ist am Gebrauchswert seiner eigenen Ware weniger interessiert als am Gebrauchswert der Ware seines Gegenübers. Von daher ist es für beide vorteilhaft, die Waren zu tauschen. Es ist möglich, Waren direkt zu tauschen: „Gib du mir dein Bärenfell, und du bekommst von mir ein Pferd“. Diese direkten Tauschprozesse finden sich in frühzeitlichen Gesellschaften, aber auch in Krisenmomenten moderner Gesellschaften wie zum Beispiel während längerer Bürgerkriege oder bei starker Inflation. Generell ist es jedoch sinnvoll, zwischen Tauschaktionen ein Medium zu schieben: Geld. Man tauscht also nicht mehr „Bärenfell gegen Pferd“, sondern „Bärenfell gegen 250 Euro“ und „Pferd gegen 250 Euro“. So ist es nicht nur möglich, sich spontan ergebende Tauschgelegenheiten zu nutzen, sondern auch, darauf zu warten, dass sich anderswo als beim Käufer der eigenen Ware und zu einem späteren Zeitpunkt attraktive Gebrauchswerte finden (vgl. Sweezy 1972, S. 41f.).

Die unmittelbare Form der Warenzirkulation, so die Bestimmung von Marx, ist die Umwandlung von Ware in Geld (man bekommt 250 Euro für das Bärenfell) und die Rückverwandlung von Geld in Ware (man kauft für 10 Euro das Kaviarsandwich) (vgl. Marx 1961b, S. 70; Marx 1962a, S. 161). Im Mittelpunkt steht dabei der Gebrauchswert der Ware: „Ich möchte das Bärenfell gerne gegen deine Beeren tauschen, weil ich daraus eine leckere Vierfruchtarmelade machen möchte“. Geld ist lediglich ein Mittel, damit wir die Waren gut tauschen können (kritisch dazu Graeber 2012, S. 27). Nichts anderes als den Tausch von gleichwertigen Produkten

über das Hilfsmittel Geld meint Marx, wenn er mit der Formel „W-G-W“ (Ware – Geld – Ware) die ursprüngliche Form des Warentausches in vormodernen Gesellschaften beschreibt. Geld wird zu einem Tauschäquivalent, mit dem man alle anderen Waren erwerben kann. Es ist die allgemeinste aller Waren.

Wo liegt jetzt die Crux? Marx konstatiert, dass Waren immer eine doppelte Dimension haben. Waren haben nicht nur einen Gebrauchswert, sondern auch einen „Tauschwert“. Man kann das Bärenfell selbst als Kleidung nutzen, aber man kann es auch für Geld verkaufen. Das Pferd kann man reiten, man kann es aber auch auf einem Pferdemarkt anbieten. Die Vierfruchtmarmelade kann man mit Genuss verzehren oder aber auch im Supermarkt verkaufen. Die Ware ist also nicht nur ein Gegenstand mit einem Gebrauchswert, sondern ein Gegenstand mit einem Preis, mit einem Tauschwert.

Die Ausbildung des Kapitalismus führt – und hier ist Marx Zeitdiagnostiker – dazu, dass das Interesse am Gebrauchswert gegenüber dem Tauschwert immer mehr ins Hintertreffen gerät. Man erlegt den Bären nicht mehr, weil man sein Fell zum Wärmen braucht, sondern weil sein Fell auf dem Markt gegen einen hohen Geldbetrag eingetauscht werden kann. Man kocht die Vierfruchtmarmelade nicht, weil man selbst oder der Nachbar sie gerne mag, sondern weil sie auf dem Markt einen höheren Tauschwert hat als die Einfuchtmarmelade. Der Sinn des Warentausches verschiebt sich grundlegend: Es geht nicht mehr um die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, um die Gebrauchswerte, sondern um die Maximierung von Geld. Im Kapitalismus wird die Zirkulation des Geldes zum „Selbstzweck“. Statt „W-G-W“ (Ware – Geld – Ware) dominiert jetzt die Logik „G-W-G“ (Geld – Ware – Geld) (vgl. Marx 1962a, S. 167; siehe auch Marx 1961b, S. 105).

Ein Kapitalist, so die Auffassung von Marx, ist ein wirtschaftlich Handelnder, der diese Orientierung an Geldvermehrung übernimmt: „Seine Person oder vielmehr seine Tasche ist der Ausgangspunkt und der Rückkehrpunkt des Geldes. Nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operation darstellt, funktioniert er als Kapitalist“ (Marx 1962a, S. 167f.). Während es dem selbstständigen Produzenten und dem Arbeiter noch darum geht, seine Produkte oder seine Arbeitskraft zu verkaufen, um dafür das fürs Leben Notwendige zu kaufen, geht es dem Kapitalisten darum, Rohstoffe, Produkte und Arbeitskraft zu kaufen, um diese später so zu verkaufen, dass er mehr Geld als vorher hat. Kurz: Die selbstständigen Produzenten und die Arbeiter verkaufen, um zu kaufen. Der Kapitalist kauft, um zu verkaufen (siehe auch Schimank 2000, S. 72).

Dieser Prozess ist maß- und grenzenlos. Mehr Geld kann man immer brauchen – eine Beobachtung, die schon Aristoteles angestellt hat. Der Kapitalismus sei, so Marx, durch „die rastlose Bewegung des Gewinnens“ gekennzeichnet (Marx 1962a, S. 167f.). Die Einzelteile, die man für 250 Euro gekauft hat, möchte man als fertiges

Produkt gerne für 300 Euro oder noch besser 350 Euro weiterverkaufen. Das Ziel des Kapitalisten ist, dass im Prozess „G-W-G“ das zweite „G“ größer ist als das erste „G“. Statt eines einfachen „G-W-G“ möchte er ein „G-W-G“ (Geld – Ware – mehr Geld). Den Prozess, aus Geld mehr Geld zu machen und dieses Geld dann wiederum zur Vermehrung des Geldes einzusetzen, nennt Marx „Akkumulation des Kapitals“ (vgl. Marx 1962a, S. 605ff.).

Aber wie macht man das? Wie gelingt es dem Kapitalisten, mehr Geld durch den Verkauf einer Ware zu verdienen, als er ursprünglich dafür ausgegeben hat?

Die Ware Arbeitskraft: Die Ausbildung des Arbeitskraftunternehmers und seine Ausbeutung

Das Verhältnis, in dem sich verschiedene Waren gegeneinander tauschen lassen, ist bestimmt durch die Arbeitskraft und die genaue Arbeitszeit, die in ihnen steckt. Dass ein Pferd 250 Euro kostet und ein Bärenfell auch 250 Euro, dass sie sich also im Verhältnis 1:1 tauschen lassen (und nicht etwa im Verhältnis 1:5), liegt daran, dass man durchschnittlich gleich viel Zeit braucht, um ein Pferd großzuziehen und um ein Bärenfell herzustellen. Der Wert einer Ware bestimmt sich aus der in ihr steckenden Arbeitszeit – genauer: aus der zu ihrer Herstellung nötigen durchschnittlichen Arbeitszeit. Marx spricht hier von der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Wie bestimmt sich nun der Wert der Arbeitskraft? Nach Marx ist Arbeitskraft eine „ganz normale Ware“. Auch sie hat einen Gebrauchswert und einen Tauschwert, genauso wie das Bärenfell. Ihr Gebrauchswert liegt darin, was man damit machen kann, also welche Tätigkeiten der Arbeiter in einer gegebenen Zeit ausführen kann, welchen Stoffen er welchen Wert zusetzen kann. Der Tauschwert der Arbeit bestimmt sich – genauso wie der Tauschwert jeder anderen Ware – aus der zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitszeit. Was aber ist die zu ihrer Herstellung nötige Arbeitszeit? Um Arbeitszeit herzustellen, muss man zunächst einmal Arbeiter herstellen, also Kinder müssen geboren und großgezogen werden. Sie müssen wenigstens so viel Kleidung, Nahrung und Wohnungen haben, dass sie leben können und arbeitsfähig sind. Diese sogenannten „Reproduktionskosten“ der Arbeit bestimmen den Tauschwert der Arbeit: Die Arbeit eines Tages ist so viel wert, wie man an Ressourcen braucht, um einen Arbeiter einen Tag seines Lebens am Leben zu erhalten.

Der springende Punkt ist nun – und das ist der Kern der Marx'schen Kapitalismustheorie – dass der Gebrauchswert der Arbeit größer ist als ihr Tauschwert. Das, was ein Arbeiter den von ihm bearbeiteten Stoffen an einem Arbeitstag an Wert zusetzt, ist mehr wert als das, was die Herstellung oder Aufrechterhaltung seiner Arbeitskraft für einen Tag kostet. Deshalb steckt der Kapitalist einen Mehrwert ein – der Mehrwert ist die Differenz zwischen dem Tauschwert der Arbeit, also dem,

was die Arbeit den Kapitalisten kostet, und dem Gebrauchswert der Arbeit, also dem, was der Kapitalist an Wertgewinn aus der Arbeit des Arbeiters herauszieht. Der vom Arbeiter den Stoffen zugesetzte Wertzuwachs „gehört“ dem Kapitalisten, da er der Gebrauchswert der Arbeitskraft ist, und da der Kapitalist die Arbeitskraft sagen wir für einen Tag gekauft hat, gehört ihm ihr Gebrauchswert in dieser Zeit.

Zugespißt: Die einzige Möglichkeit für den Kapitalisten, aus Geld mehr Geld zu machen, besteht darin, die Arbeit so zu organisieren, dass er mit der Arbeitskraft seiner Arbeiter mehr Werte schaffen kann, als er für deren Löhne ausgibt. Bei der durch ihn organisierten Warenproduktion gibt der Kapitalist also, so die hier stark simplifizierte Darstellung, nicht alles, was an Wert produziert wird, an die Arbeitskräfte als eigentliche Produzenten zurück, sondern behält einen Teil der produzierten Werte für sich. Für den Arbeiter bedeutet dies, dass er nicht nur die für seinen Unterhalt und die für die Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendige Zeit arbeitet, sondern er ist gezwungen, mehr zu arbeiten, um in den darüber hinausgehenden Zeiten einen Mehrwert (das „m“ in der politischen Ökonomie) für den Kapitalisten zu schaffen.

Dieses „Prinzip der Ausbeutung“ wird jedoch durch einen einfachen Mechanismus verschleiert. Der Lohn erscheint als Preis, den der Kapitalist dem Arbeiter für die geleistete Arbeit zahlt. Wenn das wirklich so wäre und der Kapitalist dem Arbeiter das bezahlen würde, was dieser an Wert produziert, hätte der Kapitalist keine Möglichkeit, sich den Mehrwert Arbeit anzueignen. Der Lohn spiegelt aber, so die Auffassung von Marx, nicht den Wert der Arbeit, sondern den Wert der Arbeitskraft wider. Anders ausgedrückt: Der Kapitalist erwirbt das Arbeitsvermögen eines Arbeiters für eine bestimmte Zeit. Wie viel Mehrwert der Kapitalist aus dieser Arbeitskraft gewinnt, hängt von seinem Geschick ab.

Die „Ware Arbeitskraft“ unterscheidet sich in Bezug auf ihren Gebrauchswert und ihren Tauschwert erst einmal nicht von einer Ware wie dem Bärenfell oder der Marmelade (vgl. Marx und Engels 1958b, S. 468). Der Kapitalist muss sich als Käufer der Ware Arbeitskraft sowohl für den Gebrauchswert als auch für den Tauschwert interessieren. Den Gebrauchswert der Arbeit, also die konkrete Arbeit, mit der Gegenstände so umgewandelt werden, dass sie Bedürfnisse von Menschen befriedigen, kann der Kapitalist natürlich nicht ignorieren – nutzt es ihm doch wenig, wenn Sachen produziert werden, die nicht benötigt werden. Gleichzeitig spielt der Tauschwert der Arbeit eine wichtige Rolle – also der Geldbetrag, für den die Arbeitskraft getauscht wird. Den Kapitalisten muss der abstrakte Tauschwert, zu dem er Arbeitskraft einkaufen kann, interessieren, weil dieser Wert entscheidend dafür ist, ob er Profit machen kann oder nicht. Die gekaufte Arbeitskraft wird so lange für die Produktion von Kochtöpfen, Pflugscharen oder Rasierklingen eingesetzt, wie der Kapitalist das für erforderlich hält, um damit den höchsten Mehrwert zu

erzielen. Wenn er feststellt, dass er mehr Profit machen könnte, wenn seine Arbeiter stattdessen Mähdrescher, Panzer oder Peace-Buttons herstellten, dann wird er die von ihm eingekaufte Arbeitskraft dafür einsetzen (vgl. auch Geiger 1929, S. 688).

Um seine Arbeitskraft als Ware anzubieten, ist die „doppelte Freiheit“ des Lohnarbeiters vonnöten. Mit der Ausbildung des Kapitalismus erlangt der Arbeiter einerseits die „Freiheit“, aus den sklavischen, herrschaftlichen, ständischen und zünftigen Verbindungen der Vormoderne auszubrechen und erlangt dadurch die volle „Freiheit“ über sein Arbeitsvermögen. Als „freier Lohnarbeiter“ ist er alleiniger Besitzer seiner Arbeitskraft und hat damit ein exklusives Verfügungsrecht darüber. Andererseits ist er aber auch „frei“ von allen zur Produktion nötigen Mitteln und damit wiederum gezwungen, den Kapitalbesitzern seine Arbeitskraft anzubieten – seine Arbeitskraft also zu verkaufen (vgl. Marx 1962a, S. 183; siehe ausführlich Berger 1995 und Berger 2008; siehe zur historischen Entwicklung Castel 1995).

Wenn also der Mensch in „fremde Dienste tritt“, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, dann handelt er als freier Eigentümer seiner Arbeitskraft, die er zum Kauf anbieten kann. Bei dem Vertrag, den er mit einem „Arbeitgeber“ abschließt, handelt es sich um einen ganz „normalen“ Kaufvertrag zwischen Käufer und Verkäufer. Es hängt von der Qualität der angebotenen Arbeitskraft, der Lage auf dem Arbeitsmarkt und dem jeweiligen Verhandlungsgeschick des Käufers und Verkäufers ab, ob der Arbeiter dabei einen guten „Schnitt“ macht oder nicht (vgl. Marx 1962a, S. 190ff.).

Kurz: Mit der Durchsetzung des Lohnarbeitsprinzips wurden die Arbeiter „Unternehmer ihrer selbst“, die Arbeitskraft auf einem freien Markt anbieten konnten – und mussten. Der „Arbeitskraftunternehmer“ entstand also in dem Moment, als der Mensch über seine Arbeitskraft, die sich einzig und allein in seinem Besitz befindet, frei disponieren konnte und nicht erst – wie in Teilen der Soziologie zurzeit suggeriert wird –, als sich vor 20 bis 30 Jahren die starke betriebliche Einbindung von Arbeitnehmern aufzulösen begann (vgl. Voß und Pongratz 1998; siehe die Klarstellungen bei Deutschmann 2002, S. 68; Kühl 2002, S. 81ff.).

Damit war aber auch die Frage, ob der Arbeiter mit dem Verdienst zurechtkommt oder nicht, nicht mehr das Problem des Käufers der Ware Arbeitskraft. Genauso wie der Käufer auf dem orientalischen Basar die Klagen des Teppichverkäufers überhört, dass bei dem vereinbarten Preis nicht nur er, sondern seine gesamte Familie verhungern werde, überhört der Kapitalist als Käufer der Ware Arbeitskraft die Klagen des Arbeiters, dass er mit dem Lohn kaum „über die Runden“ komme. Das moderne Proletariat verdankt, so Peter Decker und Konrad Hecker (2002, S. 17), seine „politökonomische Geburt“ der „denkbar gelungensten Kombination von Not und Freiheit“: Durch die rechtsstaatlich abgesicherte Etablierung des bürgerlichen Privateigentums sei es grundsätzlich von den Produktionsmitteln

abgeschnitten. Selbst niemandem (auch nicht dem Kapitalisten) gehörig, sondern gleichfalls rechtsstaatlich abgesichert und mit dem alleinigen Verfügungsrecht über die eigene Arbeitskraft und Lebenszeit ausgestattet, werde das moderne Proletariat zum Objekt der Begierde kapitalistischer Eigentümer. Seine Lebenschance finde das Proletariat auf dem Arbeitsmarkt darin, dass es sich dem Kapital zwar frei, aber notgedrungen zur Verfügung stelle.

Der Schritt zur Gesellschaftsanalyse: Von ökonomischer Basis und politischem Überbau

Man könnte die Ausbildung des Arbeitskraftunternehmers und das Interesse des Kapitalisten an der Vermehrung von Geld des Geldes wegen, den Wechsel von „W-G-W“ zu „G-W-G“, als eine Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems in der modernen Gesellschaft bezeichnen. Die meisten Sozialwissenschaftler würden mit Marx insofern übereinstimmen, als das private Eigentum an Produktionsmitteln, der auf Expansion angelegte Erwerbsbetrieb, die abhängige Lohnarbeit als dominante Form der erwerbsorientierten Arbeit und die Verwandlung aller produzierten Güter und Dienstleistungen sowie der dafür notwendigen Arbeitskraft in marktfähige Waren zentrale Merkmale der kapitalistischen Wirtschaft sind (vgl. prominent Aron 1964; Weber 1976 ; Polanyi 1977; Collins 1990).

Aber Marx beließ es nicht bei einer Beschreibung dieser Ausdifferenzierung der Wirtschaft. Es ging ihm nicht primär um die Beschreibung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern um die Beschreibung der kapitalistischen Gesellschaft. „In allen Gesellschaftsformen“, so Marx, „ist es eine bestimmte Produktion“, die allen übrigen Verhältnissen „Rang und Einfluß anweist“. „Das Kapital ist die alles beherrschende Macht der bürgerlichen Gesellschaft.“ Es muss deswegen „Ausgangspunkt wie Endpunkt“ der Analyse bilden (vgl. Marx 1961a, S. 637f.). Im Kapitalismus werde die Gesellschaft in einer noch durchdringenderen Weise als im Feudalismus von der Wirtschaft „vereinnahmt“. „Die Bourgeoisie“, so Karl Marx und Friedrich Engels, kann nicht existieren, ohne „die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftliche[n] Verhältnisse, fortwährend zu revolutionieren“ (Marx und Engels 1958b, S. 465).

Marx geht in seiner Gesellschaftstheorie – einfach gesprochen – von einem Primat der Ökonomie aus. Die ökonomische „Basis“, so die „vulgärmarxistische“ Kurzformel, bestimmt den „Überbau“ (Marx 1961b, S. 8). In ihren Frühschriften konzipierten Marx und Engels Politik und Recht noch vordringlich als ein Instrument des Kapitals, um die ökonomische Ausbeutung der Arbeiter fortsetzen zu können. Recht war aus dieser Perspektive für Marx und Engels nur „der zum Gesetz erhobene Wille einer Klasse“; Politik stelle „die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen“ dar (Marx und Engels 1958b, S. 477).

Dieses Bild wurde von Marx und Engels aber später immer stärker modifiziert, durch Marx besonders in den Grundrissen der „Kritik der politischen Ökonomie“ und in seiner Analyse des französischen Staates unter Louis Napoleon, durch Engels besonders in seinen Überlegungen zum Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Ohne dass Karl Marx und Friedrich Engels jemals eine kohärente Staatstheorie herausgearbeitet hätten, wird bei beiden deutlich, dass sie sowohl Politik als auch Recht als eher autonome Autoritäten begriffen, die als „Regulierer“ des Klassenkampfes eine stabilisierende Funktion für den Kapitalismus übernehmen. Dabei befinden sich Recht und Politik in einer „Zwitterposition“. Auf der einen Seite repräsentieren sie die Herrschaftsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, auf der anderen Seite nehmen sie aber auch die Funktion eines klassenübergreifenden Regulators des Klassenkampfes wahr. Der Staat ist aus dieser Perspektive immer beides: Rechts- und Klassenstaat.

Zum Recht: Die Ausbildung einer eigenständigen Rechtssphäre ist deswegen wichtig, weil der Kapitalismus auf der freiwilligen Transaktion zwischen autonomen Rechtssubjekten basiert und die im Feudalismus noch dominierenden Knechtschaftsbeziehungen überwindet. Das bürgerliche Rechtswesen ist der Garant dafür, dass die Vertragsvereinbarungen zwischen den freien Rechtspersonen eingehalten werden. Wenn der Tausch einer Latexmatratze gegen 250 Euro oder einer Stunde Arbeitskraft gegen 8 Euro vereinbart wurde, müssen sich beide Seiten darauf verlassen können, dass es übergreifende Instanzen gibt, bei denen sie die Einhaltung der Vereinbarungen einklagen können. Wenn der Käufer der Latexmatratze auf die Idee kommen sollte, die vereinbarten 250 Euro nicht zu bezahlen oder der Käufer der Ware Arbeitskraft sich weigert, seinem Arbeitnehmer die im Arbeitsvertrag festgelegte Summe zu zahlen, dann kann man ziemlich sicher sein, dass der Rechtsstaat mit unerbittlicher Härte auftritt (vgl. z. B. Tuschling 1976; siehe auch Carruthers und Ariovich 2004).

Zur Politik: Die Möglichkeit, dass die politischen Institutionen eine „scheinbar verselbstständigte“ politische Gewalt ausbilden können, schließen Marx und Engels auch hier nicht aus. Während in vielen Situationen in der kapitalistischen Gesellschaft nur das Gesetz des ökonomischen Zwangs zu gelten scheint, hat die politische Gewalt in Krisenmomenten jedoch Möglichkeiten, sich den Zwängen des Kapitals zu entziehen. So zeigte Marx auf, mit welchen politischen Instrumenten es dem französischen Staat unter Louis Napoléon gelungen war, den wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht nur zu verhindern, sondern die kapitalistische Expansion sogar noch weiter voranzutreiben (vgl. Marx 1960; siehe auch Gurland 1969, S. 55). Friedrich Engels sieht die Funktion des Staates darin, sicherzustellen, dass die „Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren.“ Der Staat stelle „eine scheinbar

über der Gesellschaft stehende Macht“ dar, die den „Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll“ (Engels 1969, S. 165; siehe auch Jakob 1999, S. 20).

Es kann hier nicht darum gehen, das Verhältnis von „Basis“ und „Überbau“, wie es von Marx und Engel ausgearbeitet und dann in den gesellschaftstheoretischen Debatten im 20. Jahrhundert weiterentwickelt wurde, im Detail zu bestimmen (siehe für einen Überblick Mayer 1994, S. 172). Wichtig ist, dass ein bedeutender Strang der Sozialwissenschaften durch das gesellschaftstheoretische Projekt des Marxismus geprägt wurde: die Bestimmung des Verhältnisses der kapitalistischen Wirtschaft zur Politik und zum bürgerlichen Recht. Das Bestreben bestand darin, einerseits zu vermeiden, Politik und Recht lediglich reduktionistisch aus den kapitalistischen Verhältnissen abzuleiten, und andererseits die politische und rechtliche Sphäre nicht so lose gekoppelt von den ökonomischen Verhältnissen zu entwickeln, dass das Primat der Ökonomie darüber aus den Augen verloren wurde (vgl. Holloway und Piciotto 1979, S. 4).

2.2 Die gesellschaftstheoretischen Debatten: Vom Präfordismus über den Fordismus zum Postfordismus

In den Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung hat die Entwicklung der Produktivkräfte offensichtlich nicht zu einem von vielen Marxisten vorhergesagten Zusammenbruch des Systems geführt. Eine den Marx'schen Vorstellungen entsprechende sozialistische Gesellschaft scheint heute weiter entfernt denn je. Selbst marxistische Theoretiker rücken deshalb von zusammenbruchs- und verelendungstheoretischen Konzepten ab. Sie plädieren dafür, die Konzepte, die von einem zwangsläufigen Zusteuern auf eine Krise ausgehen, ad acta zu legen. Dabei wird darauf verwiesen, dass Marx in den späteren Schriften selbst nicht von einem fast naturgesetzmäßigen Übergang von einer durch den Konflikt von Kapital und Arbeit gekennzeichneten Gesellschaftsordnung zu einer klassenlosen Gesellschaft ausging. Im Gegensatz zu den im 19. Jahrhundert gängigen Weltuntergangs- und Massenverelendungstheorien der Malthusianer, der Darwinisten und der utopischen Sozialisten hielt Marx eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen durch organisierte Aktionen und damit eine Anpassung des Kapitalismus für möglich (vgl. Gurland 1969, S. 52; Sweezy 1972, S. 225ff.; Hirsch und Roth 1986, S. 41.).

Die zentrale Herausforderung für eine marxistisch orientierte Sozialwissenschaft besteht darin, die Entwicklung des Kapitalismus als ein zentrales strukturierendes

Merkmal moderner Gesellschaften theoretisch „in den Griff“ zu bekommen. Wie kann man aus einer marxistischen Perspektive erklären, dass es dem Kapitalismus trotz der immer wieder auftretenden Krisen gelingt, zu überleben? Durch welches „Flickwerk“ und welche „partikularen Maßnahmen“ gelingt es, den Gegensatz von Kapital und Arbeit stabil zu halten (Adorno 1969, S. 20)? Welche gesellschaftlichen Strukturen sind es, so die zentrale Frage, die die fortlaufende kapitalistische Produktion sicherstellen, und wie entstehen und transformieren sie sich (Aglietta 1979, S. 17)?

Die Regulationstheorie, die ihre Wurzeln in der politischen Ökonomie hatte, geht davon aus, dass die Dynamik des Kapitals eine „gigantische Produktivkraft freisetzt“, das Kapital aber gleichzeitig eine „blinde Macht“ ist, die die freigesetzten Kräfte selbst nicht bändigen kann. Die kapitalistische Wirtschaft hat, so die Annahme der Regulationstheoretiker, die Fähigkeit, menschliche Energien so in Bewegung zu setzen, dass sie in Wachstum umgewandelt werden. Sie sei jedoch nicht in der Lage, angesichts der aufeinanderprallenden Einzelinteressen den Gesamtzusammenhalt zu gewährleisten (vgl. Aglietta 2000, S. 19).

Erst der Blick auf die Ausbildung von ökonomischen, politischen, rechtlichen und sozialen Regulationsweisen könne – und da greifen die Regulationstheoretiker auf die Hegemonietheorie des in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wirkenden italienischen Sozialisten Antonio Gramsci (1999) zurück – erklären, weswegen der Kapitalismus trotz immer wieder auftretender Krisen am Leben bleibt. Die Aushandlungen zwischen den Vertretungsorganen von Kapital und Arbeit, die staatlichen Instanzen der Politik, ein sowohl von der Politik als auch von der Wirtschaft weitgehend autonomes Rechtssystem, die verschiedenen schulischen und universitären Bildungseinrichtungen, die wissenschaftlichen Institutionen und die Massenmedien trügen, so die Auffassung der Regulationstheoretiker, dazu bei, den „Klassenkampf“ zu kanalisieren, ohne die weitere Akkumulation von Kapital zu gefährden (vgl. Aglietta 1979, S. 123; siehe auch Lipietz 1998, S. 17; Aglietta 2000, S. 19; Jessop 2003, S. 91).

Die Argumentation der Regulationstheoretiker ähnelt dabei stark der zentralen These des Wirtschaftsanthropologen Karl Polanyi. Dieser hat herausgestellt, dass eine ungebremschte Entwicklung des Kapitalismus zu einer „Überausbeutung der Arbeitskraft“ und damit zu einer „Zerstörung der Gesellschaft“ führe. Auf diese Tendenz zur Selbstzerstörung habe die kapitalistische Gesellschaft mit einer ganzen Reihe von Selbstbegrenzungen reagiert, die letztlich auf eine Planung, Regulierung und Kontrolle der Wirtschaft nach politischen Kriterien ziele. Die Ausbildung des Kapitalismus sei, so Polanyi, eine „Doppelbewegung“ zweier gegensätzlicher Organisationstendenzen. Während die eine Tendenz auf eine Ausweitung der Marktorganisation abhebe, ziele die andere Tendenz darauf, die Freiheit des Mark-

tes einzuschränken, um so die Selbstzerstörung der Gesellschaft zu verhindern (vgl. Polanyi 1977; siehe zur Ähnlichkeit auch Hübner und Mahnkopf 1988, S. 23). Wenn sich eine dominierende Regulationsweise ausgebildet hat, könne es, so die Regulationstheorie, immer wieder relativ stabile Phasen des Kapitalismus geben. Es träten lediglich kleinere Krisen auf, die die grundlegende Regulationsweise nicht bedrohen würden. Aber aufgrund des Strebens des Kapitals nach immer höheren Profiten könnten sich die Investitionsstrategien, die Produktionstechnologien und die Arbeitsorganisationen so verändern, dass sie in Widerspruch zu den herrschenden Formen der Regulation gerieten. Mit der Zeit entstünden strukturelle Krisen, die dazu führten, dass die alte Regulationsweise zusammenbreche und sich eine neue kapitalistische Regulationsform durchsetze.

Auf dieser Basis erarbeiten die Regulationstheoretiker ein Vierphasenmodell, mit dem die Entwicklung des Kapitalismus bis zur Gegenwart erklärt werden soll.

Die Ausbildungsphase des Kapitalismus: Die Phase der extensiven Akkumulationsstrategie

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war in den Zentren der Vereinigten Staaten und in den meisten Städten Europas der Übergang von der Feudalgesellschaft zum Kapitalismus weitgehend abgeschlossen. In dieser Frühphase des entwickelten Kapitalismus, die der ersten industriellen Revolution folgte, investierten die Unternehmer ihr Kapital vorwiegend in die Verbesserung der bestehenden Produktionsanlagen. Natürlich wurden neue technische Entwicklungen besonders im Bereich der Werkzeugmaschinen, des Dampftriebes und der Gusstechniken aufgegriffen und in die Produktion integriert, aber die Unternehmen versuchten vor allem, das bereits vorhandene Wissen für ihre Geschäfte zu nutzen.

Die Profitmaximierungsstrategie der Unternehmen war in den Vorreiterländern der Industrialisierung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts darauf ausgerichtet, durch die Verlängerung des Arbeitstages den Lohnarbeitern noch mehr Leistung abzufordern. Michel Aglietta bezeichnet diese auf Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung ausgerichtete Haltung des Kapitals als eine „extensive Akkumulationsstrategie“ (Aglietta 1979, S. 130; siehe auch Glick und Brenner 1999, S. 43).

Warum investierten in dieser Frühphase des entwickelten Kapitalismus die Unternehmen nur begrenzt in die Produktionstechniken?

Nach Auffassung der Regulationstheoretiker war eine zentrale Ursache die mangelnde Nachfrage auf den Konsumgütermärkten. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts sicherten sich viele Arbeiter ihr Überleben durch Selbstversorgung und eben nicht durch den Kauf von Waren. Die Gruppe der Kleinbauern, Heimarbeiter und ländlichen Handwerker, teilweise aber auch die städtischen Handwerker und Arbeiter besaßen oder pachteten ein kleines Stück Land und bauten dort

Nahrungsmittel für den Eigenbedarf an. Diese Subsistenzwirtschaft war für die Arbeiter häufig wichtiger als die nur unregelmäßige und auf wenige Monate im Jahr beschränkte Lohnarbeit (vgl. auch Kocka 1983, S. 40ff.). Dies machte die Arbeiter zum Teil unabhängig von Preisschwankungen auf den Warenmärkten, ermöglichte es „dem Kapital“ andererseits aber auch, sehr niedrige Löhne zu zahlen. Die Regulationstheoretiker bezeichnen diesen Prozess, der die Frühphase des Kapitalismus bestimmte, als „Dominanz nicht-warenförmiger Verhältnisse“ (gemeint ist die Subsistenzwirtschaft) über „warenförmige Verhältnisse in der Konsumtionsweise“ (also die Güter, die man von seinem Lohn erwirbt) (vgl. Aglietta 1979, S. 80).

Massenproduktion ohne Massenkonsum: Die intensive Akkumulationsstrategie in der fordistischen Frühphase

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte sich die Massenproduktion schrittweise als zentrale Strategie des Kapitals durch. Die Massenproduktion, zentrales Phänomen der durch Elektrifizierung, Verbreitung des Verbrennungsmotors und Ausbreitung der chemischen Industrie geprägten zweiten industriellen Revolution (vgl. Friedmann 1959, S. 6ff.), erforderte enorme Investitionen der Kapitalisten in Förderanlagen, Maschinen und Produktionstechniken. Die auf Technologieentwicklung und Investition in Maschinen gestützte Strategie wird von den Regulationstheoretikern als „intensive Akkumulationsstrategie“ des Kapitals bezeichnet (vgl. Glick und Brenner 1999, S. 37ff.).

Die immensen Investitionen in die Produktionsanlagen konnten sich viele Unternehmen nicht leisten, und in wichtigen Branchen kam es deswegen zu einer Ausbildung von Oligopolen, einer Ansammlung einiger weniger Unternehmen, die den Markt weitgehend unter sich aufteilen konnten. In der Automobilbranche, in der sich allein in den USA anfangs weit über 200 Anbieter tummelten, führte beispielsweise die Ausrichtung auf Massenproduktion bald dazu, dass nur noch ein knappes Dutzend Anbieter auf dem Markt bestanden. Bei Cornflakes, die anfangs alleine in der US-amerikanischen Stadt Battle Creek von mehreren hundert Herstellern produziert wurden, führten die notwendigen Investitionen in die Produktionstechnik zum Verschwinden eines Großteils der Anbieter.

Das auf Massenproduktion basierende kapitalistische System wird unter Rückgriff auf eine Begriffsschöpfung Antonio Gramscis als „Fordismus“ bezeichnet (Gramsci 1999; siehe auch Aglietta 1979, S. 117; Tanner 1999, S. 480ff.). Henry Ford war der Gründer der „Ford“-Automobilwerke und gehörte zu den treibenden Kräften bei der Einführung des Prinzips der Massenproduktion. Werkzeuge und Arbeiter sollten in der „Reihenfolge der bevorstehenden Verrichtungen“ angeordnet werden, sodass jedes Teil während des Produktionsprozesses einen möglichst kurzen Weg zurücklegte. Über Gleitschienen, Fließbänder und andere Transportmittel sollten

die sich in der Produktion befindlichen Teile fortbewegt werden, damit die Arbeiter immer am gleichen Platz stehen bleiben konnten. Ford ging es nicht nur darum, den Produktionsprozess nach diesen Grundprinzipien zu organisieren, sondern die gesamte Wertschöpfungskette, von der Beschaffung der Rohmaterialien bis zum Verkauf der produzierten Waren, sollte sich am Prinzip des „wissenschaftlichen Managements“ orientierten und dem Rationalisierungsprozess unterworfen werden (Ford 1923, S. 93).

Ford entwickelte das Produktionskonzept Frederick Taylors, des Begründers der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ (Scientific Management), weiter. Taylor hatte die Trennung der planenden und kontrollierenden von den ausführenden Tätigkeiten als Grundbedingung für eine effiziente Produktion verstanden. Der Arbeitsprozess sollte von jeglichen handwerklichen Fertigkeiten und jeglichen Kenntnissen des Arbeiters unabhängig gemacht werden. Nach Taylors Vorstellung sollte jedes Detail des industriellen Produktionsprozesses analysiert und wissenschaftlich aufbereitet werden. Die atomistisch zergliederten Tätigkeiten, die nur noch geringe Qualifikationen von den Arbeitern verlangten, sollten organisational so zusammengeführt werden, dass Menschen und Maschinen wie in einem Uhrwerk miteinander verzahnt waren. Bei der wissenschaftlichen Betriebsführung lag das Wissen über die beste Durchführung einer Tätigkeit nicht mehr beim Arbeiter, sondern beim Management (vgl. Taylor 1967, S. 35ff.).

Die große Herausforderung für den Kapitalismus bestand in dieser Phase darin, dass die Massenproduktion von Konsumgütern nicht auf eine entsprechende Nachfrage stieß. Die große Wirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts wird von den Regulationstheoretikern als Indiz dafür gesehen, dass die sich ausbildenden neuen fordistischen Produktionsformen zwar enorme Effizienzvorteile brachten, jedoch zu einer Krise führten, da für die Produkte keine zahlungskräftigen Abnehmer vorhanden waren. Das Problem bestand, um die Terminologie der Regulationstheoretiker zu verwenden, in der Existenz eines »intensiven Akkumulationsregimes ohne Massenkonsum« (vgl. Lipietz 1985, S. 123f.; Lipietz 1998, S. 38f.).

In fast paradoxer Weise trugen, so die Auffassung der Regulationstheoretiker, erst die erfolgreichen Kämpfe der Arbeiterklasse zu einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bei, sodass sich, ansatzweise bereits nach der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er Jahre, aber besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, ein stabiler Markt für Massenkonsumprodukte ausbildete. Einfach ausgedrückt: Erst als die Kapitalisten gezwungen waren, den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen, bildeten sich Märkte, die eine neue, stabile Entwicklungsstufe des Kapitalismus ermöglichten (vgl. Aglietta 1979, S. 154ff.).

Die Phase des großen fordistischen Kompromisses: Massenproduktion und Massenkonsum

Der große fordistische Kompromiss, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg abzeichnete, sah so aus, dass die Profite, die aus den Effizienzgewinnen der Massenproduktion gezogen wurden, nicht nur für Investitionen in neue Maschinen genutzt wurden, sondern auch in Form steigender Löhne an die Arbeiter weitergegeben wurden. Diese Lohnsteigerungen bildeten nach Ansicht der Regulationstheoretiker die Basis für den Massenkonsum in den westlichen Industriestaaten, an dessen Ende sich fast jeder Arbeitnehmer seinen Kleinwagen, seine Waschmaschine und seinen Mallorca-Urlaub leisten konnte (vgl. Aglietta 2002, S. 13).

„Fordismus“ bezeichnet für die Regulationstheoretiker also letztlich nicht nur eine auf Gleitbahnen, Fließbändern und anderen Transportmitteln basierende Form der Produktion, sondern ebenso eine grundlegende Veränderung der Konsummuster der arbeitenden Bevölkerung. Wie keine andere Aussage steht eine Äußerung Henry Fords für diese doppelte Orientierung auf Produktion und Konsum: Jeder seiner Arbeiter, so Ford, sollte sich auch das in seinen Werken produzierte Auto, die Tin Lizzie, leisten können. Durch die Großserienfertigung bei gleichzeitig steigenden Löhnen sollte das Automobil „demokratisiert“ werden (vgl. Hounshell 1985).

Das steigende Lohnniveau in den industriellen Kernsektoren beförderte einen Prozess, den Burkart Lutz als kapitalistische Landnahme der wirtschaftlichen Sektoren bezeichnet. Die traditionelle Familienwirtschaft, die für den Eigenverbrauch arbeitenden Kleinunternehmer, die zahlreichen Selbstständigen und die Netzwerke kleiner Dienstleistungsbetriebe wurden zunehmend verdrängt. Die Produktion von Waschmaschinen hatte das Aussterben der kleinen Wäschereien zur Folge. Die industrielle Produktion von Fertiggerichten führte dazu, dass viele Menschen immer seltener selbst kochen. Bei der Unterhaltung der Massen ersetzt die vorwiegend in Asien produzierte X-Box von Microsoft den selbstständigen Kleinkünstler (vgl. Lutz 1989; siehe auch Gershuny 1978, S. 92ff.; Aglietta 2000, S. 33).

Welche Rolle spielte der Staat bei der Ausbildung dieser stabilen Produktions- und Konsumtionsverhältnisse? In der Tradition von Marx gehen die Regulationstheoretiker davon aus, dass das Kapital von sich aus kein Interesse daran hat, die Überproduktions- oder besser: die Unterkonsumtionskrise durch ein Anheben des Lohnniveaus der Arbeiter zu lösen. Erst ein „etatistischer Reformismus“ habe, so die Argumentation, die Anhebung des Lohnniveaus ermöglicht. Drei Aspekte lassen sich als die zentralen Merkmale des „etatistischen Reformismus“ identifizieren (vgl. Hirsch 1995, S. 76ff.; Lipietz 1998, S. 14).

Erstens ergriff der Staat zur Sicherung dieser Wachstumsdynamik flankierende Maßnahmen mit dem Ziel, über eine keynesianische Nachfragepolitik die Vollbeschäftigung zu sichern. Die Steigerung der Nachfrage war möglich, weil die

nationalen Märkte durch Zölle so abgeschottet waren, dass direkte Investitionen des Staates oder Abgabenerleichterungen für die Arbeitnehmer vorrangig der nationalen Wirtschaft zugutekamen (vgl. Lipietz 1998, S. 21).

Zweitens war der Staat bestrebt, die Arbeitnehmer durch Maßnahmen der sozialen Sicherung vor allzu großen Einkommenseinbußen im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu schützen. Über Arbeitslosenversicherung, Pensionsvorsorge, Unfall- und Krankenversicherung, Regelungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Berufsunfähigkeitsversicherungen entstanden „indirekte Löhne“, die auch bei kurz- oder längerfristigem Ausfall aus der Erwerbsarbeit einen wenn auch eingeschränkten Konsum sicherstellten. Die „industrielle Reservearmee“ aus Arbeitslosen, deren Funktion Marx in einer Disziplinierung der „in Brot“ befindlichen Arbeiter gesehen hatte (Marx 1962a, S. 661), verlor angesichts der verschiedenen staatlich regulierten Absicherungsmechanismen an Bedeutung (vgl. auch Habermas 1981, S. 530ff.).

Drittens schuf der Staat den Rahmen für eine „Sozialpartnerschaft“ zwischen Kapital und Arbeit. Der Klassenkonflikt wurde beigelegt, indem der Staat die Verantwortung für das wirtschaftliche Wachstum in die Hände beider Arbeitsmarktparteien übertrug. Durch die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Konzept der Sozialpartnerschaft kam es, so die Auffassung, zu einer Selbstdomestizierung der Arbeiterklasse. Gerade der Erfolg der Gewerkschaften bei der Aushandlung von Lohnsteigerungen sowie bei der Durchsetzung von Schutz-, Informations- und Mitbestimmungsrechten habe dazu geführt, dass sich selbst die offiziell auf Ziele des Klassenkampfes ausgerichteten Interessenorganisationen zu „systeminternen Akteuren“ transformierten (vgl. Beckenbach 1991, S. 185).

Diese hochgradig standardisierte Form von Arbeit und Massenkonsum, die „innere Landnahme“ immer mehr gesellschaftlicher Bereiche durch das industrielle Produktionsparadigma und die Integrationswirkung des Sozialstaates kumulierten bei einigen Beobachtern in der Diagnose einer „formierten Gesellschaft“ (Ludwig Ehrhard) oder „programmierten Gesellschaft“ (Alain Touraine). Das „Leben der Menschen“ im fordistischen Zeitalter wurde, so Ulrich Beck, „ebenso standardisiert wie die Stahlbleche, aus denen sie Autos zusammenschweißten“ (Beck 2000b, S. 39).

Aber der „Traum der immerwährenden Prosperität“ (Lutz 1989), die Hoffnung auf ein andauerndes „goldenes Zeitalter“ (Lipietz 1998) währte nur bis in die 1970er Jahre. Der Fordismus führte, so die Diagnose der Regulationstheoretiker, über kurz oder lang zu sinkenden Profitraten. Die Vorteile, die das Management aus der Intensivierung der Arbeit, aus der Zerstückelung des Arbeitsprozesses und der Einführung neuer Maschinen gezogen hatte, hatten sich erschöpft. Zusätzlich geriet die vorrangig nationalstaatliche Regulationsweise in Widerspruch zur zu-

nehmenden Internationalisierung der Produktion (vgl. Aglietta 1979, S. 163; Lipietz 1998, S. 39; Hirsch 1995, S. 84ff.).

Diese Krisenerscheinungen lieferten lange Zeit das Forschungsprogramm für die marxistisch orientierten Sozialwissenschaften: Welche Konturen – so die für Marxisten interessante Frage – hat die kapitalistische Gesellschaft nach dem Ende des dominierenden fordistischen Zeitalters?

Die Konturen in der postfordistischen Phase:

Weltweite Finanzmärkte und globale Wertschöpfungsketten

Bei der Beschreibung der sich seit Ende des 20. Jahrhunderts ausbildenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung tendieren die in der Marx'schen Tradition stehenden Soziologen entweder zu der sehr abstrakten Formulierung des „Postfordismus“ oder „Spätfordismus“ (z. B. Hirsch und Roth 1986), oder sie versuchen über Konzepte wie „Toyotisierung“ (Roth 1994), „Sonyismus“ (Wark 1991) oder dem sich aus „Windows“ und „Intel“ zusammensetzenden „Wintelismus“ (Borrus und Zysman 1998) einen möglichst präzisen Gegenbegriff zum Fordismus zu prägen. Während in der ersten Begriffsstrategie schon allein das „Post-“ und das „Spät-“ eine gewisse Hilfslosigkeit bei der Bestimmung der neuen Regulationsweise zum Ausdruck bringen, hat die Begriffswahl des „Toyotismus“, „Sonyismus“ oder „Wintelismus“ häufig zu einer Einengung der Perspektive auf die reinen Produktionsstrategien des Kapitals geführt. Anders als mit dem Begriff des „Fordismus“, der in der ursprünglichen Anlage einen gesellschaftstheoretischen Ansatz formulierte, gerieten die unter den neuen Begriffen zusammengefassten Studien häufig zu fast theorieabstinenten betriebssoziologischen Arbeiten (vgl. die Kritik von Jessop 2003, S. 95ff.).

Unter Regulationstheoretikern herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass man sich nicht einig ist, welche Kriterien für die neue Regulationsweise des „Postfordismus“, des „Toyotismus“, des „Sonyismus“ oder des „Wintelismus“ charakteristisch sind. Eine ähnlich präzise Bestimmung wie die des Fordismus konnte für die heutige Zeit von den Regulationstheoretikern bisher nicht geliefert werden. Es zeichnen sich lediglich zwei zentrale Trends ab, die darauf hinweisen, dass die zunehmende Bedeutung globaler Finanzmärkte und die Entstehung globaler Wertschöpfungsketten den „Postfordismus“ entscheidend prägen.

Zur Globalisierung der Finanzmärkte: Der fordistische Kompromiss basierte darauf, dass Löhne und Preise nationalstaatlich orientiert waren und die Finanzmärkte primär national ausgerichtet waren. Im Fordismus wurden die in einem Land anfallenden Ersparnisse weitgehend Unternehmen im eigenen Land zur Verfügung gestellt. Die Träger des fordistischen Finanzregimes waren – wenigstens in Deutschland, Frankreich und Italien – national verankerte Banken und Versicherungen. Entweder besaßen sie selbst erhebliche Anteile an Industrieunternehmen

und bestimmten über die Aufsichtsräte die Unternehmenspolitik maßgeblich mit (Eigenkapitalbeteiligung), oder sie beeinflussten die Unternehmen über die Kreditvergabe (Fremdkapitalvergabe). Die Banken trugen, so die Einschätzung, den fordistischen Kompromiss, wonach der produzierte Mehrwert nicht nur den Kapitalbesitzern zugutekommen, sondern sich auch in Lohnsteigerungen für die Arbeitnehmer widerspiegeln sollte, lange Zeit mit. Ihr Ziel war eine langfristige Absicherung der kapitalistischen Akkumulation. „Otto Normalverbraucher“, der fordistische Prototyp, verdiente als Arbeitnehmer genug Geld, um nicht nur seine Konsumbedürfnisse befriedigen zu können, sondern auch seine geringen Ersparnisse seiner Bank zu einer langfristigen Festverzinsung von vier oder fünf Prozent anvertrauen zu können und es dadurch dem Management der Bank ermöglichte, einem mittelständischen Unternehmen in der gleichen Region einen Kredit zu geben (vgl. Aglietta 2000, S. 50ff.). Die postfordistische Ära ist dagegen durch die Globalisierung der Finanzmärkte geprägt, deren Träger jetzt nicht mehr die Banken des fordistischen Zeitalters sind, die über Jahre und Jahrzehnte mit Unternehmen verbunden waren, sondern die institutionellen Anleger an den Finanzplätzen in aller Welt. Fonds, Stiftungen, Versicherungen und am Investmentgeschäft orientierte Banken investieren ihr eigenes und das ihnen anvertraute Geld in die Geschäfte, die einen kurzfristigen Profit auf ihre Anlage versprechen (siehe dazu Krippner 2011). Ob dieses Geschäft in Frankfurt, Chicago, New York, Singapur oder Tokio getätigt wird, ist zweitrangig. Dieser Wandel korreliert mit einem veränderten Anlageverhalten von „Otto Normalverbraucher“ (siehe dazu auch Polillo 2009). Statt sein Geld in Postsparbüchern oder Schatzbriefen anzulegen, investiert der Prototyp des postfordistischen Sparers jetzt entweder direkt in Aktien von Groß-, High Tech- und kleinen Wachstumsunternehmen, oder er erwirbt Anteile an Fonds, die für ihn das Geld in Unternehmen investieren. Hat er im Fordismus sein Geld noch seiner Bank gegen eine feste Verzinsung anvertraut, hofft er jetzt auf hohe Dividenden und besonders auf steigende Aktienkurse. Gerade dann, wenn die Finanzmärkte boomen, kumuliert dies in einem „Exit-Kapitalismus“, in dem Kapitalbesitzer einmal erworbene Unternehmensanteile nach kurzer Zeit mit einem möglichst hohen „Exit-Profit“ wieder zu verkaufen suchen (vgl. Kühl 2003, S. 9ff.). Für die Unternehmen bedeutet dies, dass sie ihre am schnellen profitablen „Exit“ interessierten Kapitalanleger durch permanente Erfolgsmeldungen bei der Stange halten müssen. Der Aktiengewinn wird so zur „Leitvariablen für das Verhalten der Unternehmen“ (Aglietta 2000, S. 94).

Globale Wertschöpfungsketten: Im Postfordismus wird die Internationalisierung des Finanzmarktes durch eine besondere Form der internationalen Arbeitsteilung begleitet. Diese Entwicklung wird häufig auch unter dem Schlagwort der „Globalisierung“ zusammengefasst. Das Neue ist dabei sicherlich nicht die Ausbildung welt-

weiter Märkte. Schon Karl Marx und Friedrich Engels haben im „Kommunistischen Manifest“ konstatiert, dass die „große Industrie“ den Weltmarkt hergestellt habe und die Bourgeoisie durch ihre „Exploitation des Weltmarktes“ die „Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestalte“. „An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit“ trete ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit voneinander (Marx und Engels 1958b, S. 464ff.). Was ist also neu? Vereinfacht gesprochen, sehen die Regulationstheoretiker den Unterschied darin, dass im Fordismus die Produktion der Güter (aber nicht der Handel) primär national fokussiert war, während im Postfordismus Firmen und komplette Branchen die Produktion ihrer Waren zunehmend ins Ausland auslagern: Unterstützt durch die Entwicklung der Mikroelektronik, ein zentrales Merkmal der dritten industriellen Revolution, seien unternehmensübergreifende, systemische Rationalisierungsprozesse entwickelt worden (vgl. Altmann et al. 1986). Vom Kauf der Rohstoffe über die Entwicklung der Produkte und Maschinen bis zu zentralen Fertigungsschritten und der Endmontage würden die einzelnen Schritte der Wertschöpfungskette zunehmend über unterschiedliche Regionen des Globus verteilt. Die einzelnen Elemente der Produktion würden jeweils in das Land verlagert werden, wo die Qualifikation, die Lohnkosten und die Steuern für das Unternehmen am günstigsten seien (vgl. Altvater und Mahnkopf 1996, S. 247; Lipietz 1998, S. 127).

Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf den Nationalstaat? Der Nationalstaat bekommt, so die Auffassung der Regulationstheoretiker, die durch ihn anfangs geförderten wirtschaftlichen Kräfte nicht mehr in den Griff. Er vermag immer weniger die Funktionen einer Regulierung des Kapitalismus wahrzunehmen. Zwar führe die Internationalisierung der Finanzmärkte und die Internationalisierung der Arbeitsteilung nicht zu einem Verschwinden der Nationalstaaten (vgl. Aglietta 2000, S. 42), aber es setze zwischen den Nationalstaaten immer mehr ein „sozialer Unterbietungswettstreit“ ein. Da das Kapital zunehmend global agiere, die Arbeitskräfte aber weiterhin stark nationalstaatlich ausgerichtet seien, konzentriere sich der „nationale Wettbewerbsstaat“ darauf, „in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu schaffen“. Unter Labeln wie der „Deutschland AG“, „USA AG“ oder „Japan AG“ begriffen sich, so beispielsweise die Diagnose von Joachim Hirsch, die Nationen selbst als kapitalistische Unternehmen, die „glatt und effizient funktionierend“ auf ein „ökonomisches Ziel ausgerichtet“ seien (Hirsch 1995, S. 103ff.). Unter diesen Bedingungen falle es, so die Einschätzung der Regulationstheorie, zunehmend schwer, den fordistischen Lohnkompromiss aufrechtzuerhalten.

Die Grenzen des Regulationsansatzes: Wie weit trägt eine produktionistische Gesellschaftstheorie?

Die Stärke des Regulationsansatzes kann darin gesehen werden, dass er ein Gerüst geliefert hat, mit dem die groben Linien der ökonomischen Veränderung sowohl theoretisch als auch empirisch erfasst werden konnten (siehe als Überblick die Sammelbände von Amin 1994; Boyer und Saillard 2002; Jessop und Sum 2006). Über die Debatte, ob wir es mit einem Fordismus, Hochfordismus, Neofordismus oder Postfordismus zu tun haben, verlor die sich für Arbeit interessierende Soziologie die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen nicht aus dem Blickfeld. Die Regulationstheorie trug so maßgeblich dazu bei, dass dieser Strang der Soziologie nicht zu einer reinen Betriebssoziologie verkümmerte.

Die Prämissen dieser Herangehensweise dürfen aber nicht übersehen werden: Mit den Diagnosen des Spät- oder Neokapitalismus, des Fordismus oder des Postfordismus wird darauf abgehoben, dass die Marx'sche Analyse nach wie vor gültig sei und im Vergleich mit den zu Lebzeiten Marx' herrschenden Formen der ökonomischen Produktion lediglich graduelle Unterschiede bestünden. Die Interventionen des „Wohlfahrtsstaates“, die Marx so nicht voraussagen konnte, hätten zwar zu einem „Stillsetzen“ des Klassengegensatzes geführt, aber die Klassengegensätze könnten, so jedenfalls die Annahme, in einer Krise jederzeit wieder aufbrechen. Damit grenzte man sich von den Bezeichnungen der „Wohlfahrts-“, „Dienstleistungs-“ oder später auch der „Wissengesellschaft“ ab, die behaupten, dass die Gesellschaft „so durch und durch von der ungeahnt entfalteten Technik bestimmt ist“, dass demgegenüber das „soziale Verhältnis, das einmal den Kapitalismus definierte“, also die Ausbildung der Lohnarbeitsverhältnisse und die Entstehung der Klassengegensätze, an Relevanz eingebüßt habe (Adorno 1969, S. 12; siehe auch den Überblick bei Beckenbach et al. 1973, S. 25; Beckenbach 1991, S. 94f.).

In dieser Variante der Gesellschaftstheorie geht es um eine „produktionistische Bestimmung“ von Gesellschaft. Wenn Otto Morf (1970, S. 90f.) herausstellt, dass die politische Ökonomie die Produktion als „Begriff des größten Umfanges, als gesellschaftlich allgemeine Bestimmung“ fasst, dann trifft er damit letztlich alle ausdrücklich an Marx anschließenden Erklärungsansätze des Spätkapitalismus, Fordismus oder Postfordismus. Durch diese produktionistische Bestimmung werden jene Probleme reproduziert, die sich schon bei der Theorie von Marx andeuteten: eine letztlich funktionale Ableitung des Staates aus den Produktionsverhältnissen und eine Tendenz zu deterministischen Annahmen über die Entwicklungswege der kapitalistischen Wirtschaft (vgl. Scherrer 1995, S. 457ff.).

Die zentrale Anfrage an diese Richtung der Gesellschaftstheorie ist, wie weit eine Bestimmung der Gesamtgesellschaft über die Produktionsverhältnisse tragen kann. Ist es möglich, die Gesellschaft insgesamt über das Verhältnis von Kapital

und Arbeit zu bestimmen? Kann man, wie es marxistische Theoretiker von Antonio Gramsci (1967) über Louis Althusser (1977) bis Nicos Poulantzas (1973) getan haben, der Eigensinnigkeit gesellschaftlicher Teilbereiche wie Politik, Recht oder Wissenschaft einen relativ hohen Stellenwert beimessen und trotzdem immer noch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Ausgangspunkt einer Analyse beibehalten? Wie ist eine entgegengesetzte Gesellschaftstheorie aufgebaut, die die Eigensinnigkeit von gesellschaftlichen Teilbereichen in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellt und gleichzeitig in der Lage ist, die Prominenz kapitalistischer Wirtschaft in den Griff zu bekommen?

2.3 Der systemtheoretische Ansatz der funktionalen Differenzierung: Kapitalistische Wirtschaft statt kapitalistischer Gesellschaft

Marx hat mit Formeln wie „G-W-G“ die Ausdifferenzierung der Wirtschaft beschrieben und dann – vielleicht vorschnell – von der Ausbildung der Wirtschaft als eigenständigem Funktionssystem auf die Gesamtgesellschaft geschlossen. Die Theorie funktionaler Differenzierung stimmt mit Marx in der These der Ausdifferenzierung der kapitalistischen Wirtschaft überein, behauptet dann aber, dass die Wirtschaft nicht der einzige gesellschaftliche Teilbereich sei, der einen Prozess der Verselbstständigung durchlaufen habe. Auch die Politik, das Recht, die Wissenschaft, die Religion, das Gesundheitswesen, die Bildung, die Massenmedien, ja selbst die Familie und die Intimbeziehungen hätten ähnliche Prozesse hinter sich. Max Weber war mit seinem Konzept der Ausdifferenzierung „gesellschaftlicher Wertsphären“ wie religiöser Ethik, kapitalistischer Wirtschaft, wissenschaftlicher Rationalität und Akzeptanz bürokratischer Regeln sicherlich einer der ersten Soziologen, der für diese Entwicklung einen Blick gehabt hat (vgl. Weber 1990).

Wirtschaft als ein gesellschaftlicher Teilbereich unter anderen

Ausdifferenzierung eines gesellschaftlichen Teilbereichs, egal ob es sich dabei um Wirtschaft, Politik, Recht oder Wissenschaft handelt, bedeutet, dass die Operationen des jeweiligen Funktionssystems nach eigenen Logiken und Regeln ablaufen. Mit zunehmender Ausdifferenzierung ist beispielsweise in der Wissenschaft nicht mehr die Lösung praktischer Probleme der Wirtschaft relevant, sondern den Wissenschaftlern geht es um die Publikation von Aufsätzen in Fachzeitschriften. Den Wissenschaftler interessiert vorrangig die Meinung der Fachkollegen und nicht die politische oder wirtschaftliche Nützlichkeit der eigenen Forschung. Auch mit der

Ausdifferenzierung der Wirtschaft als eigenständiges Funktionssystem zählt nur noch das „Geldmachen des Geldes wegen“ (siehe „G-W-G“). Man kann – anders als in vormodernen Gesellschaften – Geld heutzutage nicht mehr dafür einsetzen, um Seelenheil, politische Ämter oder wissenschaftliches Renommee zu kaufen. Für Seelenheil muss man beten, für politische Ämter muss man bei Wahlen kandidieren und für wissenschaftliches Renommee von Fachkollegen akzeptierte Artikel publizieren. Geld kann man „nur“ dazu benutzen, um seine Konsumbedürfnisse zu befriedigen – oder um daraus noch mehr Geld zu machen (siehe „G-W-G“). Mit der Ausdifferenzierung von Liebe als eigenständigem gesellschaftlichem Teilbereich interessiert, anders als im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, nicht mehr, inwiefern der Partner wirtschaftliche, rechtliche oder politische Funktionen erfüllen kann, sondern alles dreht sich um die „romantische Liebe“. Die Party-girls, die sich den Pop- und Sportstars dieser Welt an den Hals werfen und in den Massenmedien als „Geldluder“ diskriminiert werden, dienen dann nur noch als moralisch verwerflicher Gegenpol zur „wahren“ romantischen Liebe.

In der am weitesten gehenden Form der funktionalen Differenzierung funktionieren gesellschaftliche Teilbereiche nur noch nach einfachen Zweier-Schemata: In der Wirtschaft interessiert nur noch, ob gezahlt wird oder ob nicht gezahlt wird und nicht, ob einem die Hautfarbe, das Geschlecht oder die politische Orientierung eines Kunden oder Verkäufers genehm ist. Im Rechtssystem müssen Urteile mit dem Verweis auf die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit eines Verhaltens begründet werden. Es mag sein, dass Schwarze häufiger wegen Mordes verurteilt werden als Weiße, dass Arbeiter ohne Hauptschulabschluss bei Geschwindigkeitsüberschreitungen eher schuldiggesprochen werden als ein mit allen Zeichen der Bürgerlichkeit ausgestatteter Professor – aber der Verweis auf Hautfarbe, Bildungsstand oder Besitzverhältnisse gilt im Gerichtsverfahren nicht als relevantes Argument für die Frage nach Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit.

Die Eigenlogik der gesellschaftlichen Teilsysteme ist so stark, dass man sich in der Regel automatisch an ihnen orientiert. Ein Student weiß in der Regel, dass gute Noten durch die Erfüllung der Prüfungsanforderungen erlangt werden und nicht durch regelmäßige Überweisungen auf das Konto seines Dozenten oder Liebesdienste gegenüber seiner Professorin. In Bildungseinrichtungen wie der Universität dreht sich alles ums Lernen, in der Wirtschaft alles um Zahlungsfähigkeit. Auch wenn Geld dafür eingesetzt werden kann, Nachhilfestunden bei emeritierten Professoren oder Zugänge zu Universitäten zu kaufen und umgekehrt eine gute Ausbildung es wahrscheinlicher macht, dass man einen guten Job in der Wirtschaft erhält, sind sich alle Beteiligten des Unterschieds zwischen Geld und Bildung bewusst. Das bei US-amerikanischen Studierenden beliebte Argument, dass man für 20 000 US-Dollar Studiengebühren im Semester doch einen guten Hochschulabschluss

verdient habe, können Professoren genauso als Pathologie abtun wie der Arbeitgeber das Argument eines Bewerbers, dass er doch alleine aufgrund seiner brillanten Hochschulabschlüsse ein höheres Gehalt einfordern könne.

Die zunehmende Ausdifferenzierung von Wirtschaft, Politik, Recht, Kunst oder Liebe als gesellschaftliche Teilbereiche bietet, so die Terminologie Luhmanns (z. B. 1984) „Erwartungssicherheit“. Wenn im Sommerschlussverkauf ein Badelaken als vermeintliches „Schnäppchen“ angeboten wird, dann geht der Käufer davon aus, dass das Kaufhaus trotz des günstigen Preises nach Gewinn strebt und nicht danach, ihm mit dem günstigen Badelaken einen Liebesdienst zu erweisen oder ihn zur Stimmabgabe für eine bestimmte politische Partei zu bewegen. Das Management wiederum weiß, dass der Käufer im Kaufhaus nicht Liebe oder politische Selbstverwirklichung sucht, sondern einen „guten Deal“ im Sommerschlussverkauf, und richtet sich dementsprechend daran aus. Auf der anderen Seite geht ein Liebender davon aus, dass sein Freund der Liebe wegen mit ihm zusammen ist und nicht weil er ihn zur Wahl einer konservativen Partei, zum Besuch einer Sitzung bei der marxistischen Gruppe oder zum Kauf eines bestimmten Produktes bewegen will. Das gegenseitige Gesäusel („Ich liebe Dich“) verstärkt die Überzeugung, dass es auch der anderen Seite immer nur um die Liebe geht. So ist die funktionale Differenzierung nicht einfach ein gesellschaftliches Prinzip, das sich über das Handeln der Akteure legt, sondern ein Prinzip, das in der alltäglichen Kommunikation immer wieder reproduziert und bestätigt wird.

Wenn man die verständliche marxistische Abwehrreaktion gegenüber der Theorie funktionaler Differenzierung außer Acht lässt, kann man sie als eine Radikalisierung von Karl Marx lesen (vgl. auch Luhmann 1975e, S. 81; Luhmann 1997, S. 366). Die Eigensinnigkeit ausdifferenzierter gesellschaftlicher Teilbereiche wie Religion, Politik oder Liebe führt dazu, dass sich die Wirtschaft um vieles nicht mehr zu kümmern braucht. Erst unter diesen „Entlastungsbedingungen“ – und hier liegt die Radikalisierung – kann der Kapitalismus seine Dynamik entfalten (vgl. Luhmann 1997, S. 724ff.). Stark vereinfacht ausgedrückt: Die Trennung von Religion und Wirtschaft in der Moderne führt dazu, dass man auf die unter Profitgesichtspunkten wenig hilfreichen Investitionen in das Seelenheil verzichten und sein Geld stattdessen in neue Maschinen stecken kann. Ähnlich dynamisierende Effekte hatte die Ausbildung eines eigensinnigen politischen Systems. Mit der Sicherstellung kollektiver staatlicher Handlungsfähigkeit über gewählte Parlamente und Regierungen verlor die für die Vormoderne noch charakteristische Verbindung von Grundbesitz und politischem Einfluss massiv an Bedeutung. Die dadurch mögliche Veräußerung des häufig unrentablen Landbesitzes führte dazu, dass Kapital für gewinnträchtigere Investitionen zur Verfügung stand. Die Ausbildung von Wirtschaft und Liebe als zwei gesellschaftlichen Feldern mit ihren jeweils eigenen Logiken brachte nicht

nur das Phänomen der romantischen (weil nicht mehr ökonomisch oder politisch begründeten) Liebe hervor, sondern versetzte auch der kapitalistischen Wirtschaft einen Dynamisierungsschub. Man kann heute noch in einigen afrikanischen und asiatischen Gegenden beobachten, wie stark die kapitalistische Wirtschaft dadurch gehemmt wird, dass Familien größere Geldbeträge zurücklegen, um für ihre Tochter oder (eher selten) ihren Sohn einen „liebenden“ Partner zu „kaufen“.

Legitime Indifferenz als Kennzeichen funktional differenzierter Gesellschaften

In der frühen Differenzierungstheorie Émile Durkheims oder Talcott Parsons' wurde die funktionale Differenzierung noch als eine große gesellschaftliche Arbeitsteilung konzipiert, in der jeder Bereich mehr oder minder abgestimmt seine Leistungen für die Gesellschaft erbringt. Der Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts wirkende Soziologe Durkheim stellt dar, wie sich in der modernen Gesellschaft die verschiedenen Teilbereiche mit ihren jeweiligen Logiken ausbilden, betont aber, dass aufgrund des Aufeinander-angewiesen-Seins der gesellschaftlichen Teilbereiche auch eine neue gesellschaftliche Kohäsion, eine „organische Solidarität“ entsteht. Parsons, dessen wichtigste Werke in der Mitte des 20. Jahrhunderts erschienen sind, verweist in der von ihm maßgeblich begründeten strukturfunktionalistischen Theorie darauf, dass die Selbsterhaltung einer Gesellschaft gewährleistet wird, wenn sich die Systeme an ihre Umwelt anpassen, ihre Zielparameter im Blick gehalten werden, die Integration der Prozesse gesichert ist und die Werte stabil sind (vgl. Durkheim 1984; Parsons 1971).

Die Differenzierungstheorie von Niklas Luhmann, die sich seit den 1960er Jahren ausbildete, hat mit diesem tendenziell harmonistischen Gesellschaftsverständnis nichts mehr zu tun. Im Gegensatz zur Theorie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung Durkheims und zum Strukturfunktionalismus Parsons', aber ebenso zu der Regulationstheorie oder auch der Bürokratiethorie Max Webers geht der von Systemtheoretikern vertretene Ansatz der funktionalen Differenzierung von einer „Unterintegration“ moderner Gesellschaften aus (vgl. Schwinn 1995, S. 29).

Die Ausdifferenzierung von Teilsystemen erfolgt als eine „Kultivierung, Vereinseitigung und schlussendlich Verabsolutierung von Weltansichten“. Dies führt dazu, dass die Teilsysteme die Gesellschaft als Ganzes aus ihrer jeweils eigenen Perspektive heraus begreifen: Aus der Perspektive der Wirtschaft stellt sich die Gesellschaft als Kapitalismus dar. Die Wissenschaft denkt sich die Gesellschaft als Wissensgesellschaft oder gar als Wissenschaftsgesellschaft. Für das Rechtssystem scheint es selbstverständlich, die Gesellschaft als Rechtsstaat zu begreifen. Die Medien verstehen alles als Teil einer großen Kommunikationsgesellschaft, die selbstverständlich ohne die Massenmedien nicht existieren könnte (Tyrell 1978,

S. 175; siehe für die Ähnlichkeit zu Webers Theorie Schluchter 1979, S. 59ff.; Müller 1992, S. 265f.).

Jedes Geschehen in der modernen Gesellschaft wird aus der Logik der jeweiligen gesellschaftlichen Teilsysteme anders interpretiert. Ernährungsprobleme in Äthiopien werden von der Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt betrachtet, ob man aus Im- oder Export von Getreide, dem Transport nach Äthiopien und der Verteilung an die vermeintlich darbenende Bevölkerung ein Geschäft machen kann. Die äthiopische Politik interessiert sich dafür, ob sie über die Lenkung von Hilfslieferungen ihre Macht im Land sichern kann. Unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten ist interessant, ob sich das Thema für eine universitäre Qualifikationsarbeit oder gar für ein größeres Forschungsprojekt eignet. Die Medien interessieren sich für das Thema unter dem Gesichtspunkt, ob sie eine Geschichte über eine Hungerkatastrophe oder eher einen kritischen Beitrag über den „inszenierten Hunger“ bringen sollen.

Aus dieser Perspektive ist die oben angeführte Klage (oder auch die Begeisterung) über die „Ökonomisierung der Gesellschaft“ nur noch eine von vielen an den gesellschaftlichen „Klagemauern“ (vgl. Luhmann 1997, S. 763). Genauso wie die Ökonomisierung beklagt werden kann, kann die Selbstherrlichkeit der Wissenschaft angeprangert werden, und Befürchtungen können geäußert werden, dass eine wissenschaftliche Expertokratie zunehmend alle Lebensbereiche kolonialisiert (vgl. Illich 1979, S. 7ff.). Oder es wird das Primat der Politik kritisiert, weil dort zu wenig Rücksicht auf die Eigenlogik von Wissenschaft, Wirtschaft, Sport oder Kultur gelegt wird. Den Neuaristotelikern, die eine Rückkehr der Politik fordern, wird zugerufen, dass doch gerade die Einmischung der Politik das Problem sei (vgl. Kieserling 2003, S. 423ff.). Oder es wird beklagt, dass soziale, ökonomische und politische Beziehungen immer stärker einem Rechtsregime unterworfen werden. Letztlich, so die überzogene Kritik, würden im Streitfall nicht die US-amerikanischen Großunternehmer, die Medienmogule oder gar die Wähler darüber entscheiden, wer der neue US-Präsident ist, sondern irgendwelche Gerichtshöfe in Florida. Oder man beklagt die zunehmende Macht der Medien bei der Bestimmung gesellschaftlicher Themen und erklärt, dass man als politisch interessierter Mensch keinen Bedarf für die Analyse von Leitartiklern hat, deren Analysen nach „kurzem Aufenthalt in den Bestsellerlisten“ in die „vergilbten Sammlungen der Antiquare wandern“ (Bourdieu 2003, S. 10f.).

Wie kommt es, dass sich diese Klagen ausbilden? Die moderne Gesellschaft ist, so die Auffassung der Theoretiker der funktionalen Differenzierung, durch ein hohes Maß an „legitimer Indifferenz“ der einzelnen Teilsysteme gekennzeichnet (Luhmann 1965, S. 35; vgl. auch Tyrell 1978, S. 183). Die Wirtschaft braucht in der modernen Gesellschaft keine Rücksicht darauf zu nehmen, dass die durch sie verursachte Massenarbeitslosigkeit zu einem Zusammenbruch des Renten-

oder Gesundheitssystems führt. Wenn ein Unternehmer angesichts der von ihm durchgeführten Massenentlassungen darauf hinweist, dass er nicht für das Wohl der ganzen Welt verantwortlich ist, dann spielt er auf genau diese legitime Indifferenz an. Die Wissenschaft ist in der modernen Gesellschaft von den Zwängen befreit, übermäßige Rücksicht auf religiöse Gefühle, Aspekte der wirtschaftlichen Verwertbarkeit oder der politischen Brauchbarkeit zu nehmen. Natürlich wird eingefordert, dass Wissenschaft die „christlichen Werte“ beachten, die Herstellung „nützlicher Produkte“ erleichtern und mehr als bisher das „kritische Potenzial“ der sozialen Bewegung stärken sollte, aber es ist ein Zeichen hoher funktionaler Ausdifferenzierung, wenn es der Wissenschaft gelingt, mit dem Verweis auf die „Freiheit der Forschung“ ihre legitime Indifferenz gegenüber Religion, Wirtschaft oder Politik deutlich zu machen.

Diese „funktionale Entlastung“ (Luhmann 1975c, S. 145ff.) führt jetzt nicht zu einer Unabhängigkeit der einzelnen Funktionssysteme voneinander, sondern zum genauen Gegenteil. Da die Hochschulen außer im Fall einiger alter Privatuniversitäten in den USA und Großbritannien keine eigenen Güter haben, über die sie ihre Forscher und Lehrer finanzieren können, sind sie darauf angewiesen, dass die Wirtschaft Reichtümer produziert, die dann über ein funktionierendes politisches System teilweise in die Wissenschaft umgeleitet werden können. Da sich die Wirtschaft „nur“ noch auf das Prinzip der Profitmaximierung konzentrieren kann und zum Beispiel nicht mehr – wie zu Beginn des europäischen Kapitalismus und teilweise heute noch in Entwicklungsländern – mit Privatarmeen selbst für den Schutz ihres konstanten und variablen Kapitals sorgen muss, ist man stark vom Funktionieren der Polizei abhängig. Da sich kapitalistische Unternehmen nicht mehr ihre „eigenen Richter“ halten, sind sie auf eine Autonomie des Rechtswesens angewiesen. Wenn die Politik wie in Russland das Rechtswesen für ihre Zwecke vereinnahmt und Unternehmer mit fadenscheinigen Gründen verurteilen lassen kann, kann die Entwicklung einer eigenständigen kapitalistischen Wirtschaft in Schwierigkeiten kommen.

Es gibt aus dieser Perspektive keinen Grund, einem Funktionssystem eine besondere Prominenz zuzuweisen. Nicht nur die kapitalistische Wirtschaft ist von einem funktionierenden politischen System, einer lebhaften Wissenschaftslandschaft und einem ausgefeilten Rechtssystem abhängig, sondern auch die Politik muss sich auf ein funktionierendes Wirtschaftssystem und eine stabile Rechtsordnung verlassen können. Ein Differenzierungstheoretiker würde den marxistischen Staatstheoretikern entgegenhalten, dass sie das Problem von Abhängigkeiten gesellschaftlicher Teilbereiche wie Politik und Recht von der Wirtschaft richtig erkannt haben, dass es aber keinen Grund gibt, dieses Abhängigkeitsverhältnis auf die Wirtschaft zu beschränken.

Vom Problem der Ausbeutung zum Problem der Exklusion

Was sind aus dieser Perspektive die zentralen Probleme moderner Gesellschaften? Die funktionale Differenzierung erzeugt Folgeprobleme, die ihrerseits nicht ohne Weiteres durch weitere funktionale Differenzierung aufgelöst werden können: die Risiken von Kernenergie, Gentechnik und ökologischen Katastrophen oder der Ausschluss großer Teile der Menschheit von elementaren Lebensgrundlagen. Es zeigt sich, dass die einzelnen Funktionssysteme mit der Lösung dieser Probleme überfordert sind und sich deswegen auch für nicht (allein-)zuständig erklären.

Der zentrale Unterschied zu einer durch Marx angeleiteten Gesellschaftstheorie besteht darin, dass die Hauptprobleme der Gesellschaft nicht mehr über durch die Produktionsverhältnisse zu bestimmende Ungerechtigkeiten in der Sozialstruktur erklärt werden. Wenn man auf die großen Massen von hungernden Menschen blickt, die keines ihrer Grundbedürfnisse ausreichend befriedigen können und weder Rechtssicherheit und politisches Mitspracherecht noch Zugang zum Bildungs- oder Gesundheitswesen haben, dann könne man dies, so Niklas Luhmann, nicht mit Begriffen wie „Ausbeutung“ und „Unterdrückung“ fassen. Diese Begriffe seien lediglich überkommene Mythologien, die man nur noch aus Gewohnheit nutze. Ausbeutung und Unterdrückung aufgrund einer international oktroyierten Klassenherrschaft legten zwar einfache Lösungen wie Revolutionen nahe, liefen aber ähnlich wie die Theorien des modernen Individualismus auf eine Verharmlosung des Problems hinaus (Luhmann 1995a, S. 147; Luhmann 1995c, S. 259). Das Hauptproblem der modernen Gesellschaft sei, dass die Armen in den Metropolen, die von Karl Marx als „Lumpenproletariat“ bezeichnet wurden, nicht einmal mehr für eine Ausbeutung gebraucht würden. Kurz: Das Problem moderner Gesellschaft ließe sich eher im Schema Drinnen/Draußen als mit dem Schema von Oben/Unten begreifen. Die Benachteiligten seien in der funktional differenzierten Gesellschaft mit dem Begriff der „Exkludierten“ besser getroffen als mit dem des „Proletariats“ (siehe zu der Debatte Bude 1998; Kronauer 1997; Kronauer 2010).

Ein besonderes Problem der Exklusion sei, so die Perspektive der Systemtheorie, dass es zu „Exklusionsverkettungen“ komme. Es könne, so die Beobachtung, aufgrund des Ausschlusses aus einem Funktionssystem zu „kumulativen Exklusionen“ kommen. Familien, die auf der Straße leben und keine feste Adresse haben, können ihre Kinder nicht zur Schule anmelden. Wer keinen Ausweis hat, ist von Sozialleistungen ausgeschlossen, kann nicht wählen, kann nicht legal heiraten. Der Ausschluss aus einem Funktionssystem gilt als Entschuldigung für den Ausschluss aus dem anderen: keine Arbeit – kein Einkommen – Einschränkung der Konsummöglichkeiten – schlechtere Gesundheitsversorgung – keine stabilen Intimbeziehungen – ungünstigere Bildungschancen für die Kinder – kaum noch

Zugang zu Rechtsschutz und rechtlichen Klagemöglichkeiten – schlechtere Erwerbsmöglichkeiten für die Kinder (Luhmann 1995c, S. 260; Luhmann 1997, S. 630).

Nur die Exklusion aus einigen wenigen Funktionsbereichen scheint man unbeschadet zu überstehen. Der Austritt aus der Kirche und damit die weitgehende Ignorierung von Religion führt weder zum Status der Rechtlosigkeit noch zum Ausschluss von politischen Mitbestimmungsrechten oder zu einem Berufsverbot (auch wenn Schilderungen aus den protestantischen Hochburgen in den südlichen USA teilweise anderes vermuten lassen). Die Nichtteilnahme an den gesellschaftlichen Teilbereichen Kultur und Sport verschlechtert nicht die Chancen, ein Gerichtsverfahren zu gewinnen. Vor Wahlen gibt es weder für die Politiker als Leistungserbringer noch für die Wähler einen Kunst- oder einen Sporttest. Auch der Abschied aus der Familie bleibt im Gegensatz zu segmentären und stratifizierten Gesellschaften weitgehend folgenlos, kann man sich doch in der funktional differenzierten Gesellschaft als Teil einer großen „Single-Gesellschaft“ verstehen.

Das Risiko von „Exklusionsverkettungen“ scheint dann besonders hoch zu sein, wenn man aus den Funktionssystemen der Wirtschaft, des Rechts, der Politik, der Gesundheit oder der Bildung heraussrutscht. Es gibt dramatische Fälle von individueller Exklusion, bei denen die Exklusionsverkettung ihren Ursprung in einer Exklusion aus der Wirtschaft hat, und es gibt auch Anhänger der Theorie funktionaler Differenzierung, die Arbeit als das Inklusionsmedium in eine funktional differenzierte Gesellschaft betrachten und deswegen in der Exklusion aus der Arbeitswelt und den daraus resultierenden geringeren Konsumchancen den Anfang vom Ende sehen. Aber es spricht weder empirisch noch theoretisch etwas dafür, dass Exklusionsverkettungen grundsätzlich von der Wirtschaft aus zu denken sind, weisen doch Untersuchungen über Migranten darauf hin, dass der fehlende Rechtsstatus oft Auslöser dieses Phänomens ist und häufig alleine schon eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus das Problem deutlich verkleinern würde. Der Fall von indischen und chinesischen Minderheiten in einigen ostafrikanischen Staaten oder auch von Unternehmern und Arbeitnehmern jüdischer Religion während der Zeit des Nationalsozialismus zeigt, dass auch eine erfolgreiche wirtschaftliche Inklusion wenig nützt, wenn zentrale politische und rechtliche Grundlagen verweigert werden und darüber Exklusionsverkettungen einsetzen.

Die Exklusionsverkettungen werfen Probleme zunächst für die einzelnen Personen und dann aber auch für die Gesellschaft auf. „Was bedeutet es“, so fragt Luhmann, „daß die Analphabetenquote nicht abnimmt, sondern zunimmt aus Gründen, die schulisch nicht kontrolliert werden können? Was bedeutet es für das Rechtssystem, wenn der Exklusionsbereich und dann auch die Polizei als Verbindungsorganisation zwischen Inklusion und Exklusion und schließlich auch die Politik selbst nicht mehr rechtsstaatlich gebunden werden, sondern ebenso gut

und ebenso erfolgreich rechtmäßig wie rechtswidrig gehandelt werden kann? Was bedeutet es für das Wirtschaftssystem, wenn große Teile der Bevölkerung von der Marktteilnahme ausgeschlossen sind, sich aber auch nicht mehr subsistenzwirtschaftlich selbst ernähren können, so daß sichtbar wird, daß die Wirtschaft nicht in der Lage ist, ausreichend Nahrung dorthin zu bringen, wo sie benötigt wird?“ (Luhmann 1995c, S. 261).

Das Krisenszenario der Theorie funktionaler Differenzierung sieht so aus, dass – wie sich in einigen Regionen Europas, Amerikas, Asiens und Afrikas abzeichnet – die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion zentraler wird als die Unterscheidung zwischen den Funktionssystemen. In den Favelas und Barrios Lateinamerikas, den großen Flüchtlingslagern in Afrika, aber auch den Hyperghettos und Banlieues der großen nordamerikanischen und europäischen Metropolen hänge, so Luhmann (1997, S. 632), die Frage, ob die Unterscheidung von Recht und Unrecht überhaupt zum Zuge käme, von der vorherigen Filterung durch die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion ab. Es gibt keine Gesetzmäßigkeit, dass eine funktional differenzierte Gesellschaft nicht durch eine andere Differenzierungsform abgelöst wird, weswegen für Anhänger dieser Theorie die Entdeckung der Exklusionsverkettung vielleicht beunruhigend, aber nicht überraschend ist (vgl. Kronauer 2002, S. 126ff.).

Offene Fragen: Wie erklärt man, dass Wirtschaft eine so wichtige Rolle spielt?

Die Theorie funktionaler Differenzierung geht davon aus, dass die gesellschaftlichen Teilbereiche unterschiedliche Funktionen erfüllen, die nicht einfach durch ein beliebiges anderes gesellschaftliches Teilsystem übernommen werden können. Wenn es die Politik „nicht packt“, dann mag zwar die Wirtschaft in Person ihrer Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerrepräsentanten darüber klagen, die Aufgaben der Politiker können sie aber nicht übernehmen. Genauso wenig kann aber die Politik die Funktionen der Wirtschaft übernehmen, wenn diese aus der Perspektive politischer Repräsentanten ihre Aufgaben nicht erfüllt hat.

Man würde es sich zu einfach machen, wenn man die Funktionssysteme gleichberechtigt nebeneinanderstellte. Zwar weist Luhmann darauf hin, dass tendenziell alle Teilsysteme ihre Funktion für die Gesellschaft erfüllen und nicht einfach auf ein Teilsystem verzichtet werden kann, aber es wäre naiv, würde man der Religion heute einen ähnlich prominenten Status zugestehen wie der Politik. Die Kunst und der Sport mögen eigenständige Funktionssysteme darstellen, aber schon ein Blick auf eine Reihe der dort agierenden Mitmenschen zeigt, dass man auf ihre Leistungen als Einzelperson gut verzichten kann.

Funktionale Differenzierung, so Luhmann, garantiert in keiner Form gleiche Chancen für alle gesellschaftlichen Teilbereiche. Es sei eine Frage der gesellschaftlichen Evolution, welche Entwicklungsschwerpunkte, welche Funktionssysteme sich besonders durchsetzen (vgl. Luhmann 1997, S. 770f.). Diese abstrakte Aussage kann aber alleine nicht zufriedenstellen. Die Theorie funktionaler Differenzierung verlangt nach Forschungen, die sich mit derselben Fragestellung und mit denselben Begrifflichkeiten auf verschiedene Teilsysteme der modernen Gesellschaft beziehen. Nur so sei es möglich, die verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche miteinander zu vergleichen und in einer Gesellschaftstheorie auch gewichtend aufeinander abzustimmen (Beck et al. 2001, S. 79).

Die Theorie gibt nur erste Ansatzpunkte, wie ein „funktionales Primat“ der Ökonomie zu denken wäre (siehe dazu Schimank 2009). In der durch Marx geprägten Soziologie wird das Primat der Ökonomie einerseits über eine besondere Rolle der Wirtschaft bei der Entwicklung der modernen Gesellschaft und andererseits über eine stärkere Machtposition der Wirtschaft gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilbereichen bestimmt (siehe dazu Deutschmann 1999; Deutschmann 2009). In ihrer – zugegebenermaßen karikaturhaften – Variante stellt man sich vor, wie das Kapital die Massenmedien kontrolliert, wie die Politiker durch die Wirtschaft geführt werden oder die Wissenschaft gezwungen wird, sich an ökonomischen Vorgaben zu orientieren. Luhmann dagegen versteht unter dem Primat eines Funktionssystems keine Herrschaft eines Funktionssystems über ein anderes. „Primat“ heißt bei ihm vielmehr, dass die Entwicklung einer Gesellschaft „in erster Linie von einem ihrer funktional notwendigen Teilsysteme abhängt“ und die anderen Funktionssysteme ihre Probleme durch dieses Funktionssystem vordefiniert erhalten (Luhmann 1975e, S. 96). Für das politische System zählt beispielsweise nur der politische Erfolg – ganz egal, ob man den Erfolg an einer gewonnenen Wahl, der gewaltsamen Entfernung eines Despoten aus dem Amt oder einer gelungenen Weltrevolution bemisst. Eine in religiöser Ehrfurcht erstarrte Bevölkerung, ein funktionierendes Rechtssystem oder ökonomischer Wohlstand für alle sind für die Politik nur insofern interessant, wie sie zum politischen Erfolg beitragen. Von einem funktionalen Primat eines Funktionssystems würde Luhmann dann sprechen, wenn der politische Erfolg maßgeblich von dem Funktionieren dieses Funktionssystems abhängig ist.

Aus der Sichtweise der Systemtheorie wird die Prominenz eines Funktionssystems deswegen nicht über seine Stärke, sondern über seine Schwäche begriffen. „Das System mit der höchsten Versagerquote dominiert“, so Luhmann, „weil der Ausfall von spezifischen Funktionsbedingungen nirgendwo kompensiert werden kann und überall zu gravierenden Anpassungen zwingt.“ Wenn Geld nicht mehr angenommen würde oder Recht nicht mehr durchgesetzt würde, stünden nicht nur die Wirtschaft beziehungsweise das Rechtssystem, sondern auch alle anderen

gesellschaftlichen Teilbereiche vor kaum noch zu lösenden Problemen (Luhmann 1997, S. 769).

So erklärt sich, weswegen Wirtschaft als ein prominentes gesellschaftliches Teilsystem in unser Blickfeld gerät, wenn Phänomene wie Massenarbeitslosigkeit, schwindende Kaufkraft oder Inflation auftreten. Gerade das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft trägt dazu bei, dass ihr große Aufmerksamkeit zuteilwird. Aber es gibt in der funktional differenzierten Gesellschaft keine Gesetzmäßigkeit, die dazu beiträgt, dass diese Rolle des „chronisch Kränkelnden“ von der Wirtschaft eingenommen werden muss. Genauso wie das italienische Modell der Politik als permanente Regierungskrise das Augenmerk auf die notwendige Funktionsweise der Politik richtet, sorgen große Wertekrisen aufgrund des Bedeutungsverlustes von Religion dafür, dass dieses gesellschaftliche Feld größere Aufmerksamkeit erhält.

Arbeit – Marxistische und systemtheoretische Zugänge

Kühl, S.

2018, V, 139 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-18116-1